



Suchergebnisse: Konferenz

Oktober 1679 – Maximilian Ferdinand von Törring-Seefeld in der Geheimen Konferenz

München * Ferdinand Graf von Törring-Seefeld wird in die Geheime Konferenz berufen. Von diesem Gremium lässt sich zunächst der Vormund des noch nicht volljährigen Kurprinzen Max Emanuel, Herzog Maximilian Philipp, beraten.

15. Februar 1702 – Die „Haager Große Allianz“ erklärt Frankreich und Spanien den Krieg

Den Haag - Wien - London - Paris - Madrid - München - Köln * Die „Haager Große Allianz“ erklärt Frankreich und Spanien den Krieg.

8. Januar 1710 – Der Kaiser unterstützt den Bau der Dreifaltigkeitskirche

München - Wien * Die Kaiserliche Administration informiert Kaiser Joseph I. in Wien von dem Wunsch der Münchner, um Erlaubnis für den Bau der Dreifaltigkeitskirche. Der Kaiser zeigt starkes Interesse an diesem Bau, will mit einer Abordnung sogar an der Konferenz zum Bau der Dreifaltigkeitskirche teilnehmen und kündigt die finanzielle und materielle Unterstützung der Besatzungsmacht an. In der Folge und während der gesamten Bauzeit tritt die in der Münchner Herzog-Max-Burg stationierte Kaiserliche Administration als Korrespondenzpartner auf, denn es waren Verhandlungen mit der Landschaft, dem Rat der Stadt, der Baudeputation, dem Geistlichen Rat und dem Kaiserhaus in Wien zu führen.

1733 – Graf Ignaz Felix Joseph von Toerring-Jettenbach erwirbt einen Bauplatz

München-Graggenau * Der Generalfeldzeugmeister, Konferenzminister und enge Vertraute des Kurfürsten Carl Albrecht, Graf Ignaz Felix Joseph von Toerring-Jettenbach, erwirbt den Bauplatz in der heutigen Residenzstraße 2 für sein Palais. Zwar liefert François Cuvilliés für die Adels-Nobelunterkunft die modernsten Pläne, doch der Stararchitekt ist gerade beim neuen Kurfürsten Max III. Joseph in Ungnade gefallen. Und so erhält der städtische Oberbaumeister Ignaz Anton Gunetzhainer den Auftrag.



28. August 1778 – Franz Carl von Hompesch wird Hofmarkherr

Berg am Laim * Die Hofmark Berg am Laim geht in das Eigentum von Franz Carl von Hompesch über. Hompesch ist im Gefolge des pfälzischen Kurfürsten Carl Theodor nach München gekommen und war zuvor Kanzler in Düsseldorf, der Hauptstadt der jetzt nach Bayern gehörenden Herzogtümer Cleve und Berg. In München wird er wegen seiner Verdienste zum Staats- und Konferenzminister der Finanzen ernannt.

21. Februar 1799 – Montgelas übernimmt das Département der Auswärtigen Angelegenheiten

München * Kurfürst Max IV. Joseph überträgt Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas als Geheimer Staats- und Konferenzminister das Département der Auswärtigen Angelegenheiten. Damit ist Montgelas Kabinettschef, weil es das Amt des Ministerpräsidenten noch nicht gibt.

1803 – Staatsminister Montgelas kauft Schloss Stepperg

Bogenhausen * Der Staats- und Konferenzminister Maximilian Joseph von Montgelas kauft Schloss Stepperg vom Bogenhausener Handelsmann Franz Xaver Rupprecht. Der nun „Montgelas-Schlössl“ genannte Adelssitz dient ihm als Sommerresidenz.

18. Oktober 1807 – Die Den-Haager-Friedenskonferenz beschließt Fragen des Kriegsrechts

Den Haag * Die Zweite Den-Haager-Friedenskonferenz beschließt Fragen des Kriegsrechts.

27. Dezember 1810 – Montgelas lässt sein Stadt-Palais erweitern

München-Kreuzviertel * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas will den östlich an sein barockes Palais angrenzenden Salzstadel mit diesem vereinigen und zu einem großen Stadtpalast umgestalten. Der erste Entwurf des Architekten Emanuel Joseph von Herigoyen gefällt dem Staats- und Konferenzminister noch nicht. Erst eine etwas abgeänderte Form wird anschließend ausgeführt und im Jahr 1813 vollendet.

20. Mai 1820 – Den baierischen Standpunkt durchgesetzt



Wien * In den Wiener Ministerkonferenzen, die zwischen dem 25. November 1819 und dem 20. Mai 1820 stattfinden, gelingt es, den bayerischen Standpunkt durchzusetzen.

22. September 1870 – Bayern und Württemberg verhandeln auf der Münchner Konferenz

München • In der sogenannten Münchner Konferenz, die vom 22. bis zum 26. September 1870 in München stattfindet, besprechen die Vertreter Bayerns und Württembergs den von Rudolph von Delbrück vorgelegten Beitritts-Vorschlag zum Deutschen Reich.

26. September 1870 – Eine Einigung mit Preußen liegt in der Luft

München * Die Münchner Konferenz, bestehend aus Vertretern Württembergs und Bayerns, erkennen die Bedingungen der Norddeutschen Bundesverfassung über Bundesoberhaupt, Bundesrat und Reichsrat als annehmbar an. Eine Einigung mit Preußen liegt in der Luft.

15. November 1884 – Die Kongo-Konferenz legt die Abgrenzung der Besitzstände fest

Berlin * Im Reichskanzler-Palais in Berlin, dem ehemaligen Hôtel Radziwill, findet unter dem Vorsitz von Otto von Bismarck eine internationale Konferenz, bei der es um Lösungen von Konflikten geht, die im Zusammenhang mit dem Wettlauf um Afrika stehen. Dreizehn europäische Staaten, die USA und das Osmanische Reich beteiligen sich an der sogenannten Kongo-Konferenz. Es geht dabei um die Festlegung von Kriterien für die völkerrechtliche Anerkennung von Kolonialbesitz. Immerhin waren in etwas mehr als zwei Jahrzehnten über zehn Millionen Quadratmeilen afrikanischen Bodens und mindestens einhundert Millionen Afrikaner unter europäische Herrschaft gelangt. Um die Besetzung der restlichen Gebiete und der abschließenden Abgrenzung der Besitzstände geht es auf dieser Konferenz. Das Ergebnis sind die wie mit dem Lineal gezogene Demarkationslinien, wobei die Grenzen oft quer durch die Lebensräume einheimischer Ethnien verlaufen. Afrika wird als herrenloses Land definiert, das nunmehr als Kronland und Eigentum europäischer Staaten an Kolonialgesellschaften, Konzessionäre und Siedler vergeben werden kann. Damit folgt die schrittweise Verdrängung der Eingeborenen aus ihren Wohn- und Lebensgebieten bis hin zur Eingrenzung in Reservate. Zu dieser Konferenz ist kein einziger afrikanischer Vertreter eingeladen worden und die Souveränitätsrechte der betroffenen Staaten werden schlicht ignoriert. Wozu auch, es geht doch den europäischen Mächten um so hehre Ziele wie den Zivilisationsauftrag und die Verbesserung der „sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“. Die



Kongo-Konferenz endet mit der Verabschiedung einer Generalakte am 26. Februar 1885.

9. Juni 1886 – Die Ministerkonferenz stellt die Regierungsunfähigkeit des Königs fest

München * Prinz Luitpold lädt zur Ministerkonferenz ein, auf der die Regierungsunfähigkeit des Königs festgestellt, seine Entmündigung vollzogen und dem Einladenden die Regentschaft - vorbehaltlich der Unterrichtung des Landtags - übertragen wird. Zur Wahrung der privatrechtlichen Interessen des Märchenkönigs Ludwig II. setzt man die Grafen Clemens Maria von Toerring-Jettenbach und Max von Holnstein als Vormund ein.

31. März 1905 – Kaiser Wilhelm II. besucht die marokkanische Hafenstadt Tanger

Tanger * Während seiner traditionellen Mittelmeerreise besucht Kaiser Wilhelm II. die marokkanische Hafenstadt Tanger. In seiner Rede betont der deutsche Kaiser die „Unabhängigkeit des Scherifenreichs“ Marokko und bietet hierfür den „Schutz Deutschlands“ an. Er beabsichtigt mit seiner Ansprache, Frankreich und Großbritannien über die „Marokkofrage“ zu spalten und fordert eine internationale Konferenz zur Regelung der „Souveränität Marokkos“. Es kommt zur sogenannten „Marokko-Krise“, die, weil das deutsche Verhalten für Frankreich eine scharfe Provokation darstellt, sofort zu einem Krieg führen könnte. Angesichts dieser drohenden Gefahr gehen die Großmächte auf die Forderung Deutschlands ein und rufen eine internationale Konferenz über die weitere Zukunft Marokkos zusammen.

16. Januar 1906 – Die Konferenz zur Souveränität Marokkos beginnt in Algeciras

Algeciras * Die Internationale Konferenz zur Souveränität Marokkos beginnt im spanischen Algeciras.

7. April 1906 – Die Internationale Konferenz im spanischen Algeciras endet

Algeciras * Die Internationale Konferenz im spanischen Algeciras endet. Auf der Konferenz wird zwar die Souveränität Marokkos formell anerkannt. Doch die Polizei in den marokkanischen Häfen und das Bankwesen darf Frankreich gemeinsam mit Spanien verwalten. Deutschland erhält keinen Zugriff auf diese Kontrollen Marokkos. Damit hat Frankreich sein Hauptziel erreicht, während das Deutsche Reich aufgrund seines aggressiven



Vorgehens immer mehr an Ansehen verliert und zusehends in die außenpolitische Isolierung treibt. Auch für die sich bildende marokkanische Unabhängigkeitsbewegung stellte das Konferenzergebnis eine Niederlage dar.

27. Juli 1914 – Das Deutsche Reich lehnt britischen Konferenz-Vorschlag kategorisch ab

Berlin * Das Deutsche Reich lehnt den britischen Vorschlag einer Außenministerkonferenz zur Beilegung des Konflikts kategorisch ab und besteht auch weiterhin auf einer Lokalisierung des Konflikts. Der aus dem Urlaub zurückgekehrte Kaiser Wilhelm II. sieht in der serbischen Antwort eine „Kapitulation demütigster Art“, mit der jeder Grund zum Krieg entfallen sei. Sein Auftrag an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, in Wien entsprechend zu intervenieren, wird von diesem jedoch ignoriert und erst verspätet weitergegeben.

7. Januar 1917 – Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft lädt zur Reichskonferenz

Berlin * Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft - SAG lädt zur ersten Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition nach Berlin ein. 138 Delegierte und 19 Reichstagsabgeordnete nehmen daran teil. Vor allem der Kreis um Karl Kautsky hatte der SAG-Führung zu diesem Schritt geraten und dabei die Absicht verfolgt, dem Einflussgewinn der radikalen Linken um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch die Organisation einer „verantwortlichen Opposition“ zu begegnen.

31. März 1917 – Bayerische SPD gegen die drohende Parteispaltung

Nürnberg * Auf ihrer Landeskonzferenz in Nürnberg votiert die bayerische SPD gegen die Gründung von Sonderorganisationen, um den drohenden Bruch der Partei zu verhindern. „Wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, so werden sich die Kräfte der Arbeiterschaft aufreiben, die Feinde der Arbeiterklassen werden freie Bahn bekommen und Steuern und Industrieorganisationen, Arbeitergesetzgebungen und politische Einrichtungen ihren Wünschen vollkommen anpassen.“

6. April 1917 – Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha

Gotha * Die in Gotha bis zum 8. April stattfindende zweite Reichskonferenz der



sozialdemokratischen Opposition wird zum Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD. In der neuen Partei finden sich Sozialdemokraten verschiedenster Couleur wieder: Revolutionäre Marxisten wie die Gruppe Internationale, die im Krieg die prognostizierte Krise des Kapitalismus sieht und auf revolutionäre Aktionen drängt; pazifistisch gesinnte Sozialdemokraten, die im Weltkrieg einen Angriffskrieg Deutschlands sehen und sich diesem aus ethischen und moralischen Gründen verweigern; daneben Revisionisten, aber auch führende Vertreter des marxistischen Zentrums. Die USPD ist also keine straffe, einige revolutionäre Linkspartei. Sie zeigt sich nur einig in dem gemeinsamen Ziel: Die Beendigung des Krieges ohne Annexionen. Sie steht demzufolge für die Gegnerschaft zum Krieg, in dem sie längst keinen Verteidigungskrieg, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg sieht. Die USPD ist also in erster Linie der Block der sozialdemokratischen Gegner des Burgfriedens, der gegen die Kriegskredite ist. Sonst herrschen innerhalb der USPD in der Beurteilung der Arbeiterbewegung und ihrer Taktik große Meinungsverschiedenheiten. Zu Vorsitzenden der neuen Partei werden Wilhelm Dittmann und Hugo Haase gewählt. Auch Kurt Eisner ist in Gotha anwesend, obwohl er immer gegen die Spaltung der Partei war. Die Unzufriedenheit mit der SPD hat auch in Bayern zugenommen. Für die SPD sind die USPD-ler „Vaterlandsverräter“, für die USPD sind die SPD-ler „Verräter am Sozialismus und an der Arbeiterschaft“.

17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen

Berlin * Am zweiten Tag der Streiks beschließt die Vertreterkonferenz der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierungs- und Militärbehörden zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen und die Zusage gegeben haben, dass niemand wegen der Teilnahme am Streik zum Militärdienst eingezogen werde. Es wird vereinbart, dass Vertreter der Arbeiter künftig bei der Verteilung der Nahrungsmittel mitwirken sollen. Ein Teil der Betriebe streikt weiter und wird daraufhin unter militärische Leitung gestellt.

23. April 1917 – Reichskanzler Bethmann Hollweg gegen die Oberste Heeresleitung

Kreuznach * Bei der Konferenz in Kreuznach zur erneuten Festlegung der Kriegsziele spricht sich Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gegen die Pläne der Obersten Heeresleitung - OHL aus, die eine weitgehende Annexionen in Russland, Belgien und Frankreich vorsehen.

6. Juni 1917 – Die SPD-Reichsfrauenkonferenz fordert das Wahlrecht für Frauen



Berlin * Die Reichsfrauenkonferenz der Sozialdemokraten fordert in Berlin das Wahlrecht für Frauen.

5. November 1917 – Die deutsch-österreichische Kriegsziel-Konferenz tagt in Berlin

Berlin * Die in Berlin tagende deutsch-österreichische Kriegsziel-Konferenz beschließt die Angliederung von Litauen und Kurland an das Deutsche Reich“ und die Vereinigung des russischen Teils von Polen und Galizien mit dem Königreich Polen.

25. Juni 1918 – Die OHL ist aufs peinlichste überrascht

Spa - Berlin * Die Oberste Heeresleitung - OHL gibt eine Pressekonferenz, auf der sie erklären lässt, dass sie sich mit den Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Richard von Kühlmann vom Vortag nicht identifiziert und diese nicht „der Auffassung der OHL“ entspreche. Im Gegenteil: „Die OHL ist aufs peinlichste überrascht.“

14. September 1918 – Kaiser Karl möchte einen Frieden unter Erhaltung der Monarchie

Wien * Der österreichisch-ungarische Kaiser Karl bietet den Entente-Mächten nach vier Kriegsjahren und über einer Million Toten Friedensverhandlungen unter Erhaltung der Monarchie an. „Die österreichisch-ungarische Regierung hat beschlossen, allen Kriegführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die k. und k. Regierung die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet.“

17. September 1918 – Ablehnung des österreichisch-ungarischen Vorschlages

Washington - Wien * US-Präsident Woodrow Wilson lehnt eine halbe Stunde nach Erhalt der Note den österreichisch-ungarischen Vorschlag vom 14. September für eine inoffizielle Konferenz ab. In der Begründung heißt es: „Wir haben wiederholt und in vollkommener Klarheit die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen die Vereinigten Staaten wegen eines Friedens



verhandeln wollen, und wir können und wollen keinen Vorschlag in Erwägung ziehen für eine Konferenz über eine Angelegenheit, in der die Vereinigten Staaten ihre Stellung und Absichten bereits klar bekanntgegeben haben.“

23. November 1918 – Kurt Eisner sucht Beweise für die deutsche Kriegsschuld

München - Berlin * Kurt Eisner und Felix Fechenbach reisen bereits zwei Tage vor der Ministerpräsidenten-Konferenz am 25. November mit dem Zug nach Berlin, um dort Aktenstudium zu Fragen der deutschen Kriegsschuld zu betreiben. In seinem Gepäck befindet sich eine Mappe mit offiziellen Dokumenten, den Berichten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin während der Monate Juli und August 1914. Nach Durchsicht der ihm zugänglichen diplomatischen Unterlagen glaubt Eisner die Beweise gefunden zu haben, dass die deutsche Regierung Österreich geradezu in den Krieg gegen Serbien hinein getrieben hat. Und zwar in der Absicht, einen europäischen Krieg zu entfachen. Außerdem geht daraus beispielsweise hervor, dass deutsche und bayerische Beamte nach dem Attentat von Sarajevo bestens informiert waren, aber Ende Juli 1914 nichts gegen „Wiens gefährliches Spiel“ unternommen haben.

25. November 1918 – Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten-Konferenz

Berlin * Die Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin, auch Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten genannt, stimmt letztlich nur der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, der Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und der schnellen Herbeiführung eines Präliminarfriedens [= Vorfrieden oder vorläufiger Frieden] mit großer Mehrheit zu. Bis die konstituierende Nationalversammlung zusammen tritt, werden die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens angesehen.

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigem Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt



werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

25. November 1918 – Kurt Eisner will Karl Liebknecht von seiner Friedensinitiative überzeugen

Berlin * Unmittelbar vor der Ministerpräsidenten-Konferenz trifft sich Kurt Eisner mit dem Führer des Spartakusbundes, Karl Liebknecht, in Berlin, um ihn zur Unterstützung seiner Friedensinitiative gegenüber den Alliierten zu überzeugen. Liebknecht lehnt das Ansinnen ab, da er weder im Inland noch im Ausland mit Kapitalisten verhandeln will. Für die Spartakisten kommt die Einführung des Sozialismus erst dann in Frage, wenn alle Strukturen des ehemaligen Obrigkeitsstaates restlos zerstört sind.

25. November 1918 – Enttäuscht fährt Kurt Eisner nach München zurück

Berlin - München * Bayerns Ministerpräsident Kurt Eisner reist enttäuscht am Abend des 25. November zurück nach München. Er hat sich mit keiner seiner Forderungen durchsetzen können.

27. November 1918 – Kurt Eisners Vorschläge für ein provisorisches Reichspräsidium

München - Berlin * In einem Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, übermittelt Kurt Eisner seinen Besetzungsvorschlag für das von ihm auf der Ministerpräsidenten-Konferenz vorgeschlagene provisorische Reichspräsidium. Darin schlägt er - neben sich selber - vor: die Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Karl Kautsky [alle USPD] und den parteilosen Diplomaten Johann Wilhelm Muehlon. Keiner der Vorgeschlagenen gehört der MSPD an. Der Sitz des Gremiums soll in München sein.

15. Dezember 1918 – Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands



Berlin * In Berlin wird die erste Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands abgehalten. Sie dauert bis zum 17. Dezember. Ziel ihres Kampfes ist die unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus, die über die Diktatur des Proletariats vorbereitet werden soll.

18. Dezember 1918 – Die Protesterklärung der Bayerischen Bischofskonferenz

München * Der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber reagiert auf die „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ vom 16. Dezember 1918 überraschend pragmatisch und ist sogar bereit, die Schulaufsicht kampflos aufzugeben. Auf der Bayerischen Bischofskonferenz erstellen die Bischöfe allerdings eine gemeinsame Protesterklärung gegen die schulpolitischen Maßnahmen der Revolutionsregierung. Die Bischöfe beklagen darin die einseitige Verletzung des im Konkordat anerkannten Rechts und betonen die langjährige und treue Mitarbeit der Kirche im Erziehungswesen.

24. Dezember 1918 – Die Gründung einer Kommunistischen Partei wird beschlossen

Berlin * Die 2. Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands beschließt die Vereinigung mit dem Spartakusbund und spricht sich für die Gründung einer Kommunistischen Partei aus.

27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage

Stuttgart * In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern



und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

28. Dezember 1918 – Die Ziele der Konferenz der Süddeutschen Staaten

Stuttgart * Die noch anwesenden Ministerpräsidenten Anton Geiß aus Baden, Wilhelm Blos aus Württemberg und Carl Ulrich aus Hessen verhandeln mit den bayerischen Innenminister Erhard Auer weiter. Die Konferenz beschließt, dass das Deutsche Reich in seiner gegenwärtigen Form erhalten bleibt, dass separatistische Bestrebungen ausdrücklich abgelehnt werden, dass das Deutsche Reich auf föderalistischer Grundlage aufgebaut, dass eine aktionsfähige Regierung und Nationalversammlung gewählt und dass ein schneller Frieden angestrebt wird.

Zur Umsetzung der Ziele beschließt man die Bildung einer Süddeutschen Kommission, eine Blockbildung bei zukünftigen Ministerpräsidenten-Konferenzen und den gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln im Ausland. Über den weiteren Umgang mit und über die künftige Rolle der Hegemonialmacht Preußen werden keine Positionen entwickelt. Man ist nur einig, dass Preußen in seiner bisherigen Form nicht weiter bestehen kann. Forderungen nach Zerschlagung Preußens werden nicht gestellt. Die beschlossene Süddeutsche Konferenz wird nie zusammen treten.

28. Dezember 1918 – Kurt Eisner verlässt verärgert die Konferenz der süddeutschen Staaten

Stuttgart - München * Ministerpräsident Kurt Eisner reist am Morgen des 28. Dezember verärgert von der gemeinsamen Sitzung der süddeutschen Staaten in Stuttgart ab.



13. Januar 1919 – Beschlüsse zur Sozialisierung des Kohlebergbaus bekräftigt

Essen * Eine Konferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets bekräftigen die am Tag zuvor gefassten Beschlüsse zur Sozialisierung des Kohlebergbaus.

18. Januar 1919 – Beginn der Friedenskonferenz in Paris

Paris * Beginn der Friedenskonferenz unter Ausschluss von Deutschland und seinen Verbündeten.

25. Januar 1919 – Kurt Eisner als Anwalt des Föderalismus

München - Berlin * Ministerpräsident Kurt Eisner nimmt an der Zweiten Konferenz der deutschen Einzelstaaten teil und tritt erneut als Anwalt des Föderalismus auf. Er schlägt vor, die Nationalversammlung in Würzburg zusammentreten zu lassen und versucht, die süddeutschen Staaten zu einem gemeinsamen Widerstand gegen den Verfassungsentwurf von Hugo Preuß zu vereinen.

3. Februar 1919 – Kurt Eisner fährt zur Konferenz der Sozialistischen Internationale

München - Bern * Ministerpräsident Kurt Eisner reist in Begleitung von Ernst Toller zur Konferenz der Sozialistischen Internationale nach Bern ins dortige Volkshaus. Die Konferenz dauert bis zum 10. Februar. Es wird Eisners letzter großer Auftritt werden, den er zur Abrechnung mit den Sozialdemokraten nutzt.

4. Februar 1919 – Kurt Eisner spricht auf der Sozialisten-Konferenz in Bern

Bern * Ministerpräsident Kurt Eisner rechnet auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Bern mit den Sozialdemokraten ab, nachdem der Vertreter der MSPD, Otto Wels, eine wehleidige Rede hält, in der er die Haltung seiner Partei vor und während des Krieges den Vertretern des sozialistischen Europas darlegen will. Im Gegensatz zu Welsch bekennt sich Kurt Eisner ausdrücklich zur deutschen Schuld. Er erhält dafür am Kongress einen rauschenden Beifall, wird dafür aber in Deutschland bitter kritisiert. Annette Kolb, die als Journalistin in Bern



dabei ist, vermerkt: „Was nun verlautete, war ein Plädoyer für Deutschland, wie es niemals ergreifender formuliert wurde. Seine kalte Stimme beibehaltend, enthüllte er die ganze Tragik des unglücklichen Landes. ‚Die Stimme derer, welche im Kampf um die Ideen einer besseren Welt namenlos in den Kerkern verblichen‘, rief er schneidend den fremden Delegierten zu, ‚drängen nicht bis zu euch! Stumm verbluteten sie‘. Und im Namen jener neuen und besseren Welt verlangte er die Freigabe der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen. Man hielt den Atem an. Denn vor uns stand ein Entronnener aus eben jener Schar stummer Blutzeugen für die Idee der Gewaltlosigkeit, der Wahrheit und der Menschenliebe. Dies war ihr Los wie vor 2.000 Jahren. In Eisner hatte der Kongress wohl seine eindrucklichste Figur“.

5. Februar 1919 – Die reaktionäre Presse verdreht Eisners Aussagen

München - Bern * Felix Fechenbach berichtet später über die im Volkshaus in Bern stattfindende Konferenz der Sozialistischen Internationale: „In der deutschen reaktionären Presse [...] wurde Eisners Aktion in Bern in das Gegenteil umgelogen. Man behauptete, er habe dort verlangt, die deutschen Gefangenen müssten erst Nordfrankreich wieder aufbauen, ehe sie nach er Heimat zurückkehren dürften. Alle unwahren Behauptungen, die damals über Eisners Auftreten in Bern verbreitet wurden sind seit dem zum eisernen Bestand der deutsch-nationalen und völkischen Agitation geworden.“

13. Februar 1919 – Eisner erhält von der Frankfurter Zeitung Unterstützung

Frankfurt am Main * Zu den wenigen bürgerlichen Zeitungen, die Eisners Wirksamkeit in Bern gerecht wird, gehört die Frankfurter Zeitung. Sie schreibt: „Wer aber in so überaus gehässiger Weise die Arbeit Eisners in Bern entstellt, verdächtig und herabwürdigt, wie das neuerdings geschehen ist, der hat nicht verstanden, worauf es eigentlich beim Sozialistenkongress ankam. [...] Herr Eisner hat sich [...] in Bern um die deutsche Sache verdient gemacht; insbesondere ist die Annahme der sehr erfreulichen Resolution über die Gefangenen auf sein Wirken zurückzuführen.“

18. Februar 1919 – Die Münchener Post fordert den Rücktritt Kurt Eisners

München * Die SPD-nahe Münchener Post fordert im Zusammenhang mit der Landeskongferenz der Mehrheitssozialisten - SPD den Rücktritt Kurt Eisners. Begründung: „Seine sich auf das Räte-system stützende Politik muss zu den schwersten Konflikten mit dem bayerischen Volke



führen.“

14. März 1919 – Die Sozialisierungs-Konferenz ist Sachsen zu kurzfristig angesetzt

Sachsen - München * Der sächsische Zentralrat und die Volkskammer teilen dem bayerischen Zentralrat mit, dass die vorgeschlagene gemeinsame Konferenz zu Sozialisierungsfragen zu kurzfristig angesetzt sei.

22. März 1919 – Diskussion um die Installation von Betriebsräten

Weimar * Auf der erste Parteikonferenz der SPD nach dem Krieg kommt es zu kontroversen Diskussionen in der Frage der Installation von Betriebsräten. Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der freien Gewerkschaften, warnt davor, den Arbeiterräten das Recht der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Denn „dann haben die Gewerkschaften keine Existenzberechtigung mehr“.

23. März 1919 – Einführung der Betriebsräte auf SPD-Konferenz beschlossen

Weimar * Die SPD-Parteikonferenz beschließt die Einführung der Betriebsräte: „Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlass wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlass solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der deutschen Republik festzulegen.“

30. März 1919 – Essen: Unbefristeten Generalstreik beschlossen

Essen * Die Schachtdelegiertenkonferenz beschließt in Essen einen unbefristeten Generalstreik. Die Forderungen sind ebenfalls politisch motiviert. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter-



und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Einführung der Sechs-Stunden-Schicht und die Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und ganz Deutschland.

5. April 1919 – Ministerpräsident Johannes Hoffmann verweigert sich einer Räterepublik

München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann wird in der Sitzung des Ministerrats mit den Forderungen nach einer Räterepublik konfrontiert. Er verweigert sich dem Ansinnen entschieden. Am Abend reist Hoffmann zur Landeskonzferenz der SPD nach Nürnberg.

5. September 1919 – Bayerns Bischöfe lehnen die demokratische Weimarer Verfassung ab

München * Alle acht bayerischen Bischöfe lehnen die demokratische Weimarer Verfassung mit der Begründung ab: „Halte sich wenigstens der Priesterstand das Gewissen rein und frei gegenüber einer Republik und ihrer Verfassung, die aus der Sünde der Revolution und damit aus dem Fluche geboren sind und diesen Fluch bis in das dritte und vierte Geschlecht vererben werden“.

9. September 1930 – Brandbrief an Kardinal Faulhaber und die Bischofskonferenz

München * Pater Rupert Mayer schreibt einen Brief an Kardinal Michael Faulhaber und die Bischofskonferenz, in dem sich der Jesuit wie folgt äußert: „Die völkischen Hetzereien können wir uns nicht groß genug vorstellen. So herrscht in unserem katholischen Volk eine beispiellose Verwirrung. Unbegreiflich, aber wahr ist es, daß der Hitlerschwindel wieder die weitesten, auch katholischen Volkskreise erfasst hat“.

9. Juli 1932 – Aufhebung des Young-Plans und Ende der deutschen Zahlungen

Lausanne * Eine internationale Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage führt zur Aufhebung des Young-Plans und dem Ende der deutschen Zahlungen.

24. November 1936 – Faulhaber berichtet über die Harmonie am Obersalzberg



München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber erstattet seinen Amtsbrüdern auf der Bayerischen Bischofskonferenz Bericht über das Treffen mit Adolf Hitler und schwärmt ihnen von der „Harmonie am Obersalzberg“ vor. Daraufhin beschließen sie, ihre „loyale und positive Einstellung gegenüber der heutigen Staatsform und gegenüber dem Führer zum Ausdruck zu bringen“.

20. Juli 1942 – Die Endlösung der Judenfrage wird beschlossen

Berlin * Auf der Wannsee-Konferenz wird die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen.

6. Mai 1945 – Die Teilkapitulation scheitert

Reims * Reichspräsident Karl Dönitz entsendet Generaloberst Alfred Jodl zum Hauptquartier der Alliierten nach Reims in Frankreich zu General Dwight D. Eisenhower. Jodl versucht zunächst Zeit zu gewinnen und erneut eine Teilkapitulation auszuhandeln. Die Westalliierten haben sich jedoch schon zuvor auf die Forderung nach einer bedingungslosen Gesamtkapitulation geeinigt. Diese ist auf der Konferenz von Casablanca im Jahr 1943 beschlossen worden. Niemand will einen Separatfrieden, der das Bündnis mit der Sowjetunion gefährden würde. Eisenhower machte deshalb klar: Entweder kapitulieren alle deutschen Streitkräfte an allen Fronten gleichzeitig oder die Westalliierten schließen ihre Linien und treiben deutsche Truppen zurück in die sowjetischen Frontbereiche. Unter diesem Druck stimmt Generaloberst Alfred Jodl einer bedingungslosen Kapitulation zu.

21. August 1945 – Die erste katholische Bischofskonferenz nach dem Krieg

Fulda * In Fulda beginnt die erste gemeinsame Plenarkonferenz der katholischen deutschen Bischöfe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der traditionelle Tagungsort am Grab des heiligen Bonifatius steht für die Einheit der Kirche in einem besetzten und politisch geteilten Deutschland. Die Bischöfe beraten über die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft, die Not der Bevölkerung und den kirchlichen wie gesellschaftlichen Wiederaufbau. Weitere Themen sind die Betreuung von Flüchtlingen und Heimatlosen, die Wiederzulassung katholischer Schulen, der Religionsunterricht und die Neuordnung des kirchlichen Lebens.



23. August 1945 – Hirtenbrief und Schuldbekenntnis

Fulda * Zum Abschluss der Fuldaer Konferenz veröffentlichen die Bischöfe einen gemeinsamen Hirtenbrief. Darin erinnern sie an Katholiken, die während der NS-Zeit verfolgt worden sind oder Verfolgten geholfen haben. Zugleich räumen sie ein, dass sich auch zahlreiche Angehörige der katholischen Kirche vom Nationalsozialismus haben verführen lassen, gegenüber seinen Verbrechen gleichgültig geblieben sind oder selbst daran mitgewirkt haben. Das Schuldbekenntnis bezieht sich vor allem auf einzelne Katholiken, während die Verantwortung der Bischöfe und der Kirche als Institution weitgehend unberührt bleibt. Der Hirtenbrief ruft zu Buße, gegenseitiger Hilfe und einem christlich geprägten Neuanfang auf.

1962 – Die erste „Münchner Wehrkundetagung“

München-Maxvorstadt * Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin lädt zur ersten „Münchner Wehrkundetagung“ in die Räume der Münchner Industrie- und Handelskammer - IHK ein.

1963 – Die Münchner Wehrkundetagung erstmals im Hotel Bayerischer Hof

München-Kreuzviertel * Die Münchner Wehrkundetagung wird erstmals im Hotel Bayerischer Hof abgehalten. Sie hat sich seitdem zu einer der wichtigsten europäischen Konferenzen für außen- und sicherheitspolitische Fragen entwickelt.

23. Juni 1966 – Die Beatles kommen nach München

London - München * Um 11:20 Uhr heben die Beatles mit dem Flug BE502 mit der BEA-Linienmaschine Comet IV vom Londoner Flughafen ab, um um 12:56 Uhr in München-Riem zu landen. Endlich sind sie da. George Harrison, Paul McCartney, John Lennon und Ringo Starr treffen erstmals und höchstpersönlich in München ein. Und als „die vier Sängerknaben mit der Mädchenfrisur“ das Flugzeug verlassen, werden sie „von lustigen Teenagern zumeist“ begeistert empfangen. Man hat sie bis zur Landung des Flugzeugs mit Beatmusik bei Laune gehalten. Die Mädchen tragen Pony, die Haare hochtupiert, sowie bonbonfarbene, schenkelkurze Op-Art-Kleidchen und Pumps. Die Burschen bekleiden sich mit hautengen Jeans und schwarzen T-Shirts oder geblühten Hemden. Ihre Haare bedecken zwar die Ohren, reichen aber noch nicht bis zur Schulter. Dazwischen sind auch „einige wüstere Typen mit verfilztem, schulterlangem Haar, im obligatorischen Snow Coat mit aufgemalten Atomwaffengegner-Abzeichen“, schreibt die



Süddeutsche Zeitung. Die Mädchen halten bemalte Schilder hoch und alles sieht friedlich aus. Doch es muss schon ein sehr trügerischer Friede sein, denn auf je fünf Fans kommt ein Polizist. 200 Staatliche Ordnungskräfte sorgen für einen reibungslosen Ablauf. Außerdem ist die Straße rechts vom Hauptgebäude auf einer Länge von fast einhundert Metern abgesperrt worden. Noch auf der Rolltreppe werden die Fab Four mit extrem saublöden Fragen interviewt. Ringo Starr antwortet auf dem Flughafen auf die Frage eines Reporters: „Warum stehen Sie immer so spät auf?“ mit der Gegenfrage: „Wollen Sie schon in aller Frühe unseren Lärm hören?“ Total unverständlich findet der Münchner Merkur die Popularität der Beatles, da die Vier doch nur Nachteile vorzuweisen hätten: „Der kurzsichtige John Lennon, der Linkshänder Paul McCartney, George Harrison mit den abstehenden Ohren und Ringo Starr mit der übergroßen Nase.“ Außerdem überreicht man ihnen Lederhosen mit Hirschknöpfen und weiße leinene Trachtenhemden. Schon während des Flugs hat man ihnen einen Tirolerhut übergeben, den der „großnasige“ Ringo beim Verlassen des Flugzeugs zu seiner braunen Lederjacke trägt. „Machen Sie Platz für die Beatles!“. Die Ampeln sind für die vier Musiker auf Grün gestellt. So fahren sie über die Prinzregentenstraße, vorbei an den Vieltausenden, Fähnchen schwenkenden, „Yeah-yeah-yeah!“ kreischenden Münchner Beatles-Fans. Es herrscht einfach eine freundliche Stimmung an diesem 23. Juni 1966. In dem Auto mit dem Kennzeichen M-TX 107 sitzen die Beatles. Um den wartenden Fans zu entkommen, fährt der Mercedes die Tiefgarage von hinten an, sodass die Gruppe um 13:45 Uhr das Hotel durch den Lieferanteneingang betreten kann. Während die Musiker durch den Hintereingang verschwinden, warten auf dem Promenadeplatz etwa 3.000 Fans und Neugierige mit Transparenten. Neun Hausdiener und eine Handvoll Polizisten sollen den Bayerischen Hof gegen den Ansturm der Beatles-Fans verteidigen. „Die Scheiben sind vorsorglich beim Glaser bestellt“, diktiert Hotelchef Falk Volkhardt einem Reporter in den Block. Nichts passiert. Nur junge Frauen und Männer warten auf dem Promenadeplatz sehnsüchtig auf den Augenblick, dass sich ihre Idole an einem der Fenster zeigen. Oben im fünften Stock tun diese den Fans ein einziges Mal den Gefallen und treten ans Fenster, um ein paar Autogramme auf die Straße zu werfen. Für 16:00 Uhr ist im Nachtclub des Hotels Bayerischer Hof eine Pressekonferenz anberaumt. Diese beginnt 20 Minuten später, weil der Fahrstuhl stecken bleibt. Statt der erlaubten 10 haben sich 15 Personen in den Aufzug gequetscht. Zuerst werden Fotos der Fab Four geschossen, danach dürfen die Journalisten die Beatles 13 Minuten befragen. Dazwischen bekommen sie noch den „Goldenen BRAVO Otto“ in der Kategorie Beste Beatband überreicht. Zur gleichen Zeit tagt im Polizeipräsidium an der Ettstraße ein Krisenstab, denn den deutschen Behörden und der Polizei waren Popstars samt den kreischenden Fans ausgesprochen befremdlich. Aus Anlass des Beatles-Gastspiels richtet man in München einen Krisenstab ein, dem der Polizeipräsident, zwei Einsatzleiter und ein erst kurz zuvor installierter psychologischer Fachmann angehören. Deeskalation fordert der Psychologe, was natürlich umfangreiche polizeiliche Vorbereitungen notwendig macht, um



Massenaufmäufe möglichst zu verhindern oder zumindest unter Kontrolle zu halten. So bekommen die Beatles die Kehrseite ihres Ruhmes zu spüren. Ihnen wird ein abendlicher Schwabing-Bummel aus Sicherheitsgründen verboten, weshalb sie die ganze Zeit ihres München-Aufenthaltes im Bayerischen Hof verbringen müssen. Die Abendzeitung schreibt beschwichtigend: „Die Herren tragen zwar unorthodoxe Haartracht und veranstalten einen für musikalische Ohren beschwerlichen Lärm, aber im Grunde sind sie harmlos und übermütig, und in ihren Liedern kommt nichts Unanstndiges vor.“ Die Polizei hat eine Flscherbande hochgenommen, die 125 gefälschte Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte zu Horror-Preisen verkauft hat. Am frühen Abend machen die Beatles eine Generalprobe auf ihrem Zimmer, da sie bis zum 21. Juni 1966 jeden Tag mit den Aufnahmen zur LP „Revolver“ beschäftigt waren. Gegen 21:30 Uhr betreten die vier Beatmusiker das 16 Meter lange Schwimmbad auf dem Dach des Hotels Bayerischer Hof, das extra für die Beatles reserviert und eigens für diesen Zweck mit neuem Wasser gefllt worden war. Der einzige Schwimmer ist Paul, der sich mit einer geliehenen Badehose in die Fluten stürzt, während die drei anderen „kühles Nass aus Whiskeyflaschen“ vorziehen. Fortsetzung folgt !

25. Oktober 1968 – Yoko Ono schwanger

Großbritannien * In einer Pressekonferenz berichten John Lennon und Yoko Ono von Yokos Schwangerschaft.

Februar 1970 – Das Fest „Maria - Patronin Bayerns“ wird auf den 1. Mai festgelegt

Freising * Die Freisinger Bischofskonferenz legt den Termin des Festes „Maria - Patronin Bayerns“ auf den 1. Mai fest. Er bildet so den Auftakt zum „Marienmonat“.

25. September 1984 – Zwei kleine Männer rasen wie ungebremste Lokomotiven aufeinander

München-Theresienwiese * Günter Jauch, Journalist beim Bayerischen Rundfunk, findet heraus, dass in Richard Süßmeiers Armbrustschtzenzelt aus einem Hirschen (200-Liter-Fass) 289 Mass Wiesnbier ausgeschenkt werden. Smeier nimmt das Ganze auf die leichte Schulter und macht sich darüber lustig. Peter Gauweiler, CSU-Stadtrat und Kreisverwaltungsreferent, geht gegen Smeier wegen Betrgerischen Einschenkens vor. Der Wiesnwirt beruft daraufhin eine Pressekonferenz ein, verkleidet sich als Gauweiler und hängt Gauweiler-Plakate mit dem Schriftzug „Gauweiler sieht Dich!“, „Gauweiler pat auf!“ und „Gauweiler is watching you!“ an die



Zeltwände. Sein Schankkellner Biwi Wallner zeigt schließlich noch, wie man aus einem ganzen Hendl drei halbe Hendl machen kann. Dass er zuvor eine Hälfte hatte einnähen lassen, finden nicht Alle lustig. Allen voran Peter Gauweiler. Bei der darauf folgenden einer Razzia in Süßmeiers Armbrustschützenzelt werden 23 „Verstöße gegen das Ausländerrecht“ festgestellt. Einige Hilfskräfte haben illegal gearbeitet. Süßmeiers Beteuerungen, er habe davon nichts gewusst, glaubt die Gegenseite natürlich nicht - und handelt: Gauweiler entzieht Süßmeier die Festzeltkonzession. Zwei Tage später wird mit Helmut Huber ein neuer Wirt eingesetzt.

1991 – Umbenennung in Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK)

München-Kreuzviertel * Umbenennung der Münchner Wehrkundetagung in Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK).

1999 – Horst Teltschik wird Vorsitzender der Sicherheitskonferenz

München-Kreuzviertel * Der Wirtschaftsmanager und Politiker Horst Teltschik (CDU) übernimmt von Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin den Vorsitz der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK).

Oktober 2005 – Die Residenzpost wird an eine Bietergesellschaft verkauft

München-Graggenau * Eine Bietergemeinschaft bestehend aus der Accumulata Immobilien Development und der LBBW-Immobilien, einer Tochter der Landesbank Baden-Württemberg, erwirbt die ehemalige Residenzpost. Die beiden Firmen haben ambitionierte Pläne für das Gebäude und wollen auf dem rund 4.300 Quadratmeter großen Grundstück ein Luxushotel der Extraklasse entstehen lassen, mit 160 bis 190 Zimmer, passend zur exklusiven Lage. 300 bis 390 Millionen Euro soll das Projekt kosten. Im Gebäude können neben den Hotelzimmern und Suiten, Konferenzräume, ein Ballsaal, ein Wellnessbereich und edle Boutiquen Platz finden. Während die Verhandlungen mit möglichen Investoren geführt werden, beantragen die Eigentümer eine alternative Nutzung. Diese ist ein Mix aus Gastronomie und Geschäften. So findet sich hier die Diskothek „8seasons“, der Feinkosthändler Käfer, das Café L’Opera und andere mehr, darunter auch der Schuhhersteller „Ed. Meier“.



24. April 2006 – Der Kirchenaustritt stellt den Tatbestand des Schismas dar

Würzburg * Die Deutsche Bischofskonferenz stellt in einer Erklärung fest, dass der Austritt aus der katholischen Kirche den Tatbestand des Schismas darstellt und die Strafe der Exkommunikation nach sich zieht.

2008 – Wolfgang Ischinger übernimmt den Vorsitz der Sicherheitskonferenz

München-Kreuzviertel * Umbenennung der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK) in Münchner Sicherheitskonferenz * Munich Security Conference (MSC). Der Botschafter Wolfgang Ischinger übernimmt von Horst Teltschik den Vorsitz der Münchner Sicherheitskonferenz.

22. März 2012 – Reinhard Marx wird zum Präsidenten der EU-Bischofskonferenzen gewählt

St. Gallen * Kardinal Reinhard Marx wird zum Präsidenten der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft - COMECE gewählt.

1. April 2013 – Die Giesinger Brauerei will auf die Oide Wiesn

München-Untergiesing - München-Theresienwiese * Die Giesinger Brauerei will auf die Oide Wiesn. Die kleine Münchner Privatbrauerei stellt auf einer Pressekonferenzpläne ihre Wiesn-Hütte vor. Ein Super-Aprilscherz!!!

31. Januar 2014 – Im Hotel Bayerischer Hof beginnt die 50. Münchner Sicherheitskonferenz

München-Kreuzviertel * Im Hotel Bayerischer Hof beginnt die 50. Münchner Sicherheitskonferenz.

12. März 2014 – Reinhard Marx wird Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz

Münster * Kardinal Reinhard Marx wird im 4. Wahlgang für sechs Jahre zum Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz gewählt. Er löst damit den 75-jährigen Robert Zollitsch ab.
